

**Richtlinien**

**des Landkreises**

**Mainz-Bingen**

**über die Schülerbeförderung**

**vom 08.06.2001**

## Inhaltsübersicht

### **I. Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Grund- und Hauptschulen sowie der Schulen mit Förderschwerpunkten (ehemals Sonderschulen)** (Keine Einkommensgrenze als Anspruchsvoraussetzung und kein Eigenanteil)

1. Persönlicher Geltungsbereich
2. Zuständige Schule
3. Schulweg
4. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels
5. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
6. Beförderung mit Schulbussen
7. Privates Kraftfahrzeug
8. Begleitpersonen
9. Antragsverfahren
10. Bewilligung der Fahrkosten
11. Zahlungsweise

### **II. Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Regionalen Schulen, Realschulen und der Klassenstufen 5-10 der Gymnasien sowie der Integrierten Gesamtschule**

(Keine Einkommensgrenze als Anspruchsvoraussetzung, jedoch Eigenanteil – Ausnahme: Regionale Schule)

12. Persönlicher Geltungsbereich
13. Schulweg
14. Feststellung der nächstgelegenen öffentlichen Schule
15. Beförderung von Schülerinnen und Schülern zu Schulen in freier Trägerschaft
16. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels
17. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
18. Beförderung mit Schulbussen
19. Privates Kraftfahrzeug
20. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen
21. Eigenanteil
22. Kostenerstattung bei Heimfahrten
23. Antragsverfahren
24. Bewilligung der Fahrkosten

**III. Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien sowie der Integrierten Gesamtschule, von nicht mehr zum Schulbesuch verpflichteten Schülerinnen und Schülern des Berufsgrundbildungsjahres und der Berufsfachschulen sowie von Schülerinnen und Schülern der Berufsaufbau- und Fachoberschulen in Vollzeitform, der beruflichen Gymnasien sowie der Fachschulen in Vollzeitform, für deren Besuch eine Berufsausbildung nicht zwingend erforderlich ist**

(Einkommengrenze als Anspruchsvoraussetzung und Eigenanteil)

25. Persönlicher Geltungsbereich
26. Schulweg
27. Zuständige Schule
28. Feststellung der nächstgelegenen Schule
29. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels
30. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
31. Privates Kraftfahrzeug
32. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen
33. Eigenanteil
34. Antragsverfahren
35. Bewilligung der Fahrkosten

**IV. Beförderung von Schülerinnen und Schülern des Berufsgrundbildungsjahres und der Berufsfachschulen (1. Schuljahr), soweit sie zum Schulbesuch verpflichtet sind.**

(Keine Einkommengrenze als Anspruchsvoraussetzung, jedoch Eigenanteil)

36. Persönlicher Geltungsbereich
37. Schulweg
38. Zuständige Schule
39. Feststellung der nächstgelegenen Schule
40. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels
41. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
42. Privates Kraftfahrzeug
43. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen
44. Eigenanteil
45. Kostenerstattung bei Heimfahrten
46. Antragsverfahren
47. Bewilligung der Fahrkosten

**V. Beförderung von Schülerinnen und Schülern, die in besonderen Bildungsgängen der Berufsschule mit Vollzeitunterricht auf ein Berufsausbildungsverhältnis vorbereitet werden und von Schülerinnen und Schülern, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen**

(Keine Einkommensgrenze als Anspruchsvoraussetzung und kein Eigenanteil)

48. Persönlicher Geltungsbereich
49. Schulweg
50. Zuständige Schule
51. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels
52. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
53. Privates Kraftfahrzeug
54. Fahrkostenerstattung
55. Antragsverfahren
56. Bewilligung der Fahrkosten

**VI. Inkrafttreten**

**I.**

**Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Grund- und Hauptschulen sowie Schulen mit Förderschwerpunkten (ehemals Sonderschulen)**

**1. Persönlicher Geltungsbereich**

- 1.1 Der Landkreis trägt aufgrund von § 56 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz -SchulG-) in der zur Zeit gültigen Fassung, § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz -PrivSchG-) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der Satzung des Landkreises Mainz-Bingen über die Schülerbeförderung und nach Maßgabe dieser Richtlinien die Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern folgender öffentlicher Schulen oder staatlich anerkannten Ersatzschulen in freier Trägerschaft:
  - 1.1.1 Grundschulen einschl. Schulkindergärten und Hauptschulen sowie Schulen mit Förderschwerpunkten einschl. Schulkindergärten,
  - 1.1.2 schulartübergreifende Orientierungsstufen, denen auch die Orientierungsstufe der Schulart Hauptschule zugeordnet ist; im übrigen gelten die Regelungen des II. Abschnittes.

- 1.2 Der Landkreis übernimmt Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern, die ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben und eine Schule in seinem Gebiet besuchen.

Sofern eine Vereinbarung über die gegenseitige Kostenübernahme mit Kostenträgern der Schülerbeförderung in anderen Bundesländern besteht, werden auch Fahrkosten für Schülerinnen und Schüler aus anderen Bundesländern, soweit diese Schulen im Gebiet des Landkreises besuchen, im Rahmen dieser Richtlinien übernommen.

Wenn keine entsprechende Vereinbarung besteht, übernimmt der Landkreis die Fahrkosten für Schülerinnen und Schüler, die Schulen in anderen Bundesländern besuchen und den Wohnsitz in seinem Gebiet haben, gemäß § 56 Abs. 1 Satz 3 SchulG, soweit diese Kosten nicht bereits von den zuständigen Kostenträgern der anderen Bundesländer übernommen werden.

## **2. Zuständige Schule**

- 2.1 Der Landkreis übernimmt die Fahrkosten für Schülerinnen und Schüler der Grund- und Hauptschulen zum Besuch der zuständigen Schule (§ 50 Abs. 2 und Abs. 3 SchulG). Für Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 50 Abs. 2 Satz 2 SchulG aus wichtigem Grund einer anderen Schule zugewiesen sind, werden die Fahrkosten zu dieser Schule in der Regel nur übernommen, wenn sich aus der Entscheidung ergibt, dass schulorganisatorische oder pädagogische Gründe hierfür maßgebend waren.

Im Bereich der Schulen mit Förderschwerpunkten werden die Fahrkosten zum Besuch der Schule, die für die Schülerin bzw. den Schüler geeignet und zu der sie / er durch Entscheidung der Schulbehörde zugewiesen worden ist (§ 47 Abs. 4 SchulG), übernommen.

- 2.2 Für Schülerinnen und Schüler staatlich anerkannter Ersatzschulen in freier Trägerschaft, die Beiträge nach § 28 Abs. 1 PrivSchG erhalten, sowie für Schülerinnen und Schüler in Schulen freier Trägerschaft, die Zuschüsse nach § 28 Abs. 6 PrivSchG erhalten, gilt folgendes:

Bei Schülerinnen und Schülern von Grund- und Hauptschulen ist Voraussetzung,

dass die Schule im Bezirk der für die Schülerinnen und Schüler zuständigen öffentlichen Schule oder in einem angrenzenden Schulbezirk liegt.

Liegt die Schule in einer Gemeinde mit mehreren Grund- oder Hauptschulbezirken, so werden darüber hinaus die Kosten für die Beförderung der Schülerin bzw. des Schülers aus allen Schulbezirken dieser Gemeinde übernommen. Für Schülerinnen und Schüler der Schulen mit Förderschwerpunkten gilt diese Begrenzung nicht.

- 2.3 Für Schülerinnen und Schüler die das 10. Schuljahr einer Hauptschule besuchen und nicht im Hauptschulbezirk wohnen, werden Fahrkosten zur nächstgelegenen Hauptschule übernommen, die das 10. Schuljahr anbietet. Die Regelungen der Ziffern 14.7 – 14.9 gelten entsprechend.

### **3. Schulweg**

- 3.1 Fahrkosten werden übernommen, wenn der kürzeste übliche Fußweg zwischen Wohnung und Schule (Schulweg) unzumutbar ist. Als Wohnung ist der nicht nur vorübergehende, gewöhnliche Aufenthalt der Schülerin bzw. des Schülers an Unterrichtstagen (Wohnsitz, 2. Wohnsitz oder Unterkunft am Schulort, z.B. bei Verwandten) anzusehen.
- 3.2 Der Schulweg ist ohne Benutzung eines Verkehrsmittels nicht zumutbar, wenn er für Grundschüler/innen länger als 2 Kilometer, für Hauptschüler/innen länger als 4 Kilometer ist oder wenn er besonders gefährlich ist.
- 3.3 Der Schulweg ist in der Regel insbesondere dann besonders gefährlich, wenn er für Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung der besuchten Schulart, ihres Alters oder infolge jahreszeitlich bedingter Verhältnisse als Fußweg ungeeignet ist; ferner, wenn er auf einer längeren Strecke überwiegend entlang einer verkehrsreichen Straße ohne Gehwege oder begehbare Randstreifen führt und / oder eine Hauptverkehrsstraße ohne Sicherung durch Ampelanlagen, Fußgängerüberwege oder sonstige verkehrssichernde Einrichtungen überquert werden muß. Eine besondere Gefährlichkeit kann z. B. auch aus sittlichen oder kriminellen Gründen gegeben sein. In Zweifelsfällen soll eine Stellungnahme der zuständigen Polizeidienststelle eingeholt werden.

- 3.4 Für Schülerinnen und Schüler der Schulen mit Förderschwerpunkten gelten Nr. 3.1 bis 3.3 entsprechend, wobei Art und Grad der Behinderung zu berücksichtigen sind. Bei Schülerinnen und Schülern der Schulen mit den Förderschwerpunkten motorische und ganzheitliche Entwicklung (ehemals Sonderschule K und G) ist in der Regel die Benutzung eines Verkehrsmittels unabhängig von der Länge des Schulwegs als notwendig anzusehen.
- 3.5 Die Kostentragung für die Beförderung während der Unterrichtszeit, z.B. zu Sportanlagen, zu Jugendverkehrsschulen, ist Sache des Schulträgers (vgl. § 62 Abs. 2 Nr. 7 SchulG). Das Gleiche gilt für Schülerbeförderungskosten im Rahmen von Erkundungen und Praktika (vgl. Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums von 11.10.1983 –Amtsblatt S. 471-)

#### **4. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels**

Die Schülerbeförderung wird vorrangig erfüllt durch die Übernahme der notwendigen Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel. Soweit zumutbare öffentliche Verkehrsmittel nicht bestehen, ist eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen anzustreben. Ist dies nicht möglich, sollen Schulbusse eingesetzt werden.

#### **5. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

- 5.1 Bei Schülerinnen und Schülern, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen, übernimmt der Landkreis das Beförderungsentgelt des jeweiligen Verkehrsträgers unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreisermäßigungen für die preisgünstigste zumutbare Verkehrsverbindung. In der Regel werden die Fahrkosten in der Weise übernommen, dass die Schülerinnen und Schüler Schülerjahreskarten zur Benutzung des öffentlichen Verkehrsmittels erhalten.

Im Falle des Verlustes der Schülerjahreskarte wird vom Landkreis kein Ersatz gewährt. Hierfür gelten die Regelungen des jeweiligen Verkehrsträgers.

- 5.2 Mehrkosten für ein teureres öffentliches Verkehrsmittel oder für eine kombinierte Fahrkarte für die Benutzung mehrerer öffentlicher Verkehrsmittel auf einer Strecke oder für eine teurere Streckenführung werden übernommen, wenn die preisgünstigste Verkehrsverbindung unzumutbar ist (Nr. 6.2).
- 5.3 Nicht erstattungsfähig sind Mehrkosten für Zuschläge, z. B. im Schienenverkehr für Schnellzüge oder für eine andere als die 2. Wagenklasse.

5.4 Für die Ausgabe der Fahrkarten gelten die Vereinbarungen des Landkreises mit den jeweiligen Verkehrsträgern.

## **6. Beförderung mit Schulbussen**

6.1 Ist die Beförderung mit bestehenden öffentlichen Verkehrsmitteln<sup>1</sup> nicht zumutbar, trägt der Landkreis die Fahrkosten in der Weise, dass er den Schülerinnen und Schülern einen Platz in einem Schulbus zur Verfügung stellt. In Einzelfällen kann der Landkreis die Fahrkosten erstatten.

6.2 Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist in der Regel nicht zumutbar, wenn

- die Länge der einfachen Wegstrecke zwischen der Wohnung und der Haltestelle für die Schülerinnen und Schüler der Primarstufe mehr als 1 km und für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I mehr als 2 km beträgt – es sei denn, die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle ist aus fahrtechnischen Gründen nicht möglich - oder
- die Fahrzeit von der Haltestelle zur Schule in der Regel für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule 30 Minuten und für die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule 60 Minuten überschreitet oder
- die Ankunft oder die Abfahrt des Verkehrsmittels in der Regel bei Schülerinnen und Schülern einer Grundschule jeweils nicht innerhalb von 15 Minuten, bei Schülerinnen und Schülern einer Hauptschule nicht innerhalb 30 Minuten vor Beginn und nach Ende des Unterrichts erfolgen.

Bei Schülerinnen und Schülern der Schulen mit den Förderschwerpunkten ganzheitliche und motorische Entwicklung bestimmen Art und Grad der Behinderung, ob das öffentliche Verkehrsmittel zumutbar ist.

6.3 Beförderungen mit dem Schulbus sollen so gestaltet werden, dass sie für die Schülerinnen und Schüler zumutbar im Sinne von Nr. 6.2 sind. Bei Schülerinnen und Schülern der Schulen mit den Förderschwerpunkten ganzheitliche und motorische

---

<sup>1</sup> Es ist jeweils zu prüfen, ob anstelle eines Schulbusses eine ÖPNV-Linie eingerichtet oder eine bestehende zeitlich angepaßt werden kann.

Entwicklung ist unter Berücksichtigung des Einzugsbereichs der Schule und wirtschaftlichen Gesichtspunkten die kürzestmögliche Fahrroute zu wählen.

6.4 Grundsätzlich ist eine gemeinsame Hin- und Rückfahrt der Schülerinnen und Schüler vorzusehen, so dass Zwischenfahrten entbehrlich sind. Ausnahmen, insbesondere für Schülerinnen und Schüler der 1. und 2. Klassenstufe sind möglich. Zwischenfahrten sollten nur dann erfolgen, wenn mindestens 5 Kinder gemeinsam befördert werden, es sei denn, eine Zwischenfahrt mit weniger als 5 Kinder ist wirtschaftlich vertretbar.

6.5 Die Schulbusse<sup>2</sup> sind mit einem ausreichenden Platzangebot zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der zulässigen Plätze richtet sich nach den Angaben im Fahrzeugschein.

Die im Fahrzeugschein angegebenen Stehplätze sind nur auf kürzeren Fahrstrecken und höchstens bis zu 70 Prozent in Anspruch zu nehmen; eine kürzere Fahrstrecke dürfte in der Regel dann nicht mehr gegeben sein, wenn die Fahrzeit die Hälfte der in Nr. 6.2 genannten Fahrzeiten überschreitet.

Soweit Stehplätze in Anspruch genommen werden, müssen für Schülerinnen und Schüler geeignete Haltevorrichtungen in ausreichender Anzahl vorhanden sein. Sie müssen so beschaffen und angeordnet sein, dass sie auch von Schülerinnen und Schülern aller Altersklassen benutzt werden können. In Zweifelsfällen soll der Unternehmer vertraglich verpflichtet werden, hierüber ein Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr vorzulegen.

## **7. Privates Kraftfahrzeug**

7.1 Ausnahmsweise können für die Benutzung eines eigenen oder fremden Privat-Kraftfahrzeuges Kosten ersetzt werden, wenn

7.1.1 die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines Schulbusses nicht möglich ist - hierzu zählt auch, wenn eine Schülerin oder ein Schüler wegen einer nicht nur vorübergehenden Behinderung oder Krankheit die auf dem Schulweg üblichen Verkehrsmittel nicht benutzen kann und keine anderweitige Kostenübernahme erfolgt- oder

7.1.2 durch die Beförderung mit einem Privat-Kraftfahrzeug eine erhebliche Zeitersparnis gegenüber der Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels erzielt werden kann, oder

---

<sup>2</sup> Soweit die Schülerbeförderung im ÖPNV durchgeführt wird, gelten die gesetzlichen Vorschriften (PBefG, BOKraft etc.)

7.1.3 der Weg zur nächstgelegenen Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines Schulbusses besonders gefährlich ist.

7.2 In diesen Fällen soll grundsätzlich der günstigste Preis der Schülerjahreskarte des vergleichbaren öffentlichen Verkehrsmittels (im Zweifel: ORN - Bus) - unter Anwendung dieser Richtlinien - für die Entfernung zwischen Wohnung und Schule entsprechend der tariflich festgelegten Preis- und Entfernungstafel erstattet werden; im Falle des 7.1.3 ist der Preis der Schülerjahreskarte für die Entfernung nur zwischen Wohnung und nächstgelegener Haltestelle zu erstatten.

7.3 Werden mehrere Schülerinnen und Schüler stets oder mit nur wenigen Ausnahmen gemeinsam zu einer Haltestelle oder zur Schule und zurück gefahren, sollen grundsätzlich die Kosten nach Nr. 7.2 jeweils wie folgt erstattet werden:

bei 2 Schülern = 1 Schülerjahreskarte,  
bei 3 Schülern = 2 Schülerjahreskarten,  
bei 4 Schülern = 3 Schülerjahreskarten usw.

Kann die Beförderung mehrerer Schülerinnen und Schüler mit demselben Privat-Kraftfahrzeug überwiegend nur auf unterschiedlichen Strecken oder zu verschiedenen Zeiten erfolgen, wird die Schülerjahreskarte nach Nr. 7.2 für jede Schülerin und für jeden Schüler erstattet.

7.4 Die Erstattung der Fahrkosten erfolgt zweimal im Schuljahr nach Ablauf des jeweiligen Schulhalbjahres, d.h. in der Regel Anfang Februar und Anfang August. Der erstattete Betrag kann für einen Monat zurückgefordert bzw. verrechnet werden, wenn die Schülerin bzw. der Schüler in diesem Monat weniger als 2 Wochen die Schule besucht hat.

## **8. Begleitpersonen**

8.1 Begleitpersonen sind einzusetzen, wenn die Schülerinnen und Schüler wegen des Grades der Behinderung beaufsichtigt werden müssen und Sicherheitsgurte nicht ausreichen. Bei Schülerinnen und Schülern der sonstigen Schulen mit

Förderschwerpunkten ist für Begleitpersonen zu sorgen, wenn dies nach Art und Grad der Behinderung notwendig ist.

- 8.2 Begleitpersonen sind – sofern vertraglich vereinbart - vom Beförderungsunternehmen zu stellen; die Kreisverwaltung oder Schule können vermittelnd tätig werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass sich Lehrkräfte, pädagogische Hilfskräfte, Eltern oder andere Personen zur Begleitung der Schülerinnen und Schüler bereit finden; für Lehrkräfte und pädagogische Hilfskräfte ist die Begleitung der Schülerinnen und Schülern nicht Teil der Schüleraufsicht.
- 8.3 Die Höhe der Vergütung für Begleitpersonen ist im Rahmen einer Ausschreibung der jeweiligen Schülerbeförderungsleistung festzustellen.

## **9. Antragsverfahren**

- 9.1 Schülerfahrkosten werden auf Antrag übernommen.
- 9.2 Antragsberechtigt sind die Personensorgeberechtigten der minderjährigen Schülerin oder des minderjährigen Schülers.
- 9.3 Es sind die vom Landkreis bereitgestellten Antragsformulare zu verwenden, die bei der Schule<sup>3</sup> und bei der Kreisverwaltung erhältlich sind.
- 9.4 Schülerfahrkosten werden nur ab dem Zeitpunkt der Antragstellung (Eingang des Antrages bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen) übernommen; eine rückwirkende Geltendmachung ist ausgeschlossen. Erfolgt die Übernahme der Fahrkosten durch die Ausgabe von Fahrkarten, bestellt die Kreisverwaltung die Fahrkarte mit Wirkung ab dem nächsten Monatsersten.  
Die Fahrkosten sind daher unter Berücksichtigung einer angemessenen Bearbeitungszeit rechtzeitig zu beantragen. Eine Erstattung für den angefangenen Monat wird in der Regel nicht vorgenommen.
- 9.5 Der Antrag ist in der Regel für die Dauer des Schulbesuchs einmal zu stellen. Ein

---

<sup>3</sup> Nach dem Erlaß des Kultusministeriums vom 14.07.1980 - Az.: 917-51 440/03 - (Amtsblatt S. 418) unterstützen die Schulen die Kreisverwaltungen und die Verwaltungen der kreisfreien Städte bei der Durchführung der Aufgabe der Schülerbeförderung, insbesondere beim Antragsverfahren und bei der Ausgabe der Gutscheine und Berechtigungsausweise für Schülerzeitkarten.

erneuter Antrag ist erforderlich, wenn sich der Wohnsitz der Schülerin oder des Schülers ändert, die Schülerin oder der Schüler die Schule wechselt oder die Beförderungsart sich ändert.

- 9.6 Die Schulen händigen die Antragsformulare den Schülerinnen und Schülern oder den Erziehungsberechtigten aus und übersenden die ausgefüllten Anträge der Kreisverwaltung.
- 9.7 Anträge, bei denen die Voraussetzungen für die Übernahme von Fahrkosten nicht gegeben sind, werden von der Kreisverwaltung unter Erteilung einer schriftlichen Begründung abgelehnt; dies gilt auch, falls die Anträge nur teilweise begründet bzw. unvollständig sind.

## **10. Bewilligung der Fahrkosten**

Die Bewilligung der Fahrkosten erfolgt für die Dauer eines Schuljahres. Sie verlängert sich jeweils für ein weiteres Schuljahr bis zum Ende des Schulbesuchs, wenn sie nicht vor Ablauf des Schuljahres schriftlich widerrufen wird.

## **11. Zahlungsweise bei Erstattung der Fahrkosten**

Zahlungen werden durch Überweisungen auf das im Antrag angegebene Konto vorgenommen; Barzahlung ist ausgeschlossen.

## **II.**

**Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Regionalen Schulen, Realschulen und der Klassenstufen 5-10 der Gymnasien sowie der Integrierten Gesamtschulen**

## **12. Persönlicher Geltungsbereich**

- 12.1 Der Landkreis trägt aufgrund von § 56 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz -SchulG-) in der zur Zeit gültigen Fassung ,§ 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz -PrivSchG-) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der Satzung des Landkreises Mainz-Bingen über die Schülerbeförderung und nach Maßgabe dieser Richtlinien Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern folgender öffentlicher Schulen oder staatlich anerkannter Ersatzschulen in freier Trägerschaft:
- 12.1.1 Regionale Schulen und Realschulen,
- 12.1.2 Klassenstufen 5-10 der Gymnasien,
- 12.1.3 schulartübergreifende Orientierungsstufen, in denen nur die Orientierungsstufen der Schularten Realschule und Gymnasien zusammengefasst sind,
- 12.1.4 schulartübergreifende Orientierungsstufen, denen auch die Orientierungsstufe der Schulart Hauptschule zugeordnet ist, für Schüler, die nicht im zugehörigen Hauptschulbezirk wohnen,
- 12.1.5 Klassenstufen 5-10 der Integrierten Gesamtschulen,
- 12.2 Nr. 1.2 gilt entsprechend, unbeschadet der Sonderregelung für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zu Schulen in freier Trägerschaft unter Nr. 15
- 12.3 Nicht einbezogen sind Schülerinnen und Schüler von Abendschulen.

### **13. Schulweg**

Hinsichtlich des Schulwegs gelten die Regelungen von Nr. 3.1 bis 3.3 mit der Maßgabe, dass der Schulweg unzumutbar ist, wenn er länger als 4 Kilometer oder besonders gefährlich ist.

Fahrkosten werden nur dann voll erstattet, wenn die Schülerin bzw. der Schüler die

nächstgelegene Schule der gewählten Schulart besucht; beim Besuch einer anderen als der nächstgelegenen Schule werden Kosten nur insoweit übernommen, als sie bei der Fahrt zur nächstgelegenen Schule zu übernehmen wären. Fahrtkosten werden auch dann übernommen, wenn die nächstgelegene Schule außerhalb des Landkreises liegt, aber eine Schule innerhalb des Landkreises besucht wird. Ziffer 3.5 gilt entsprechend.

#### **14. Feststellung der nächstgelegenen öffentlichen Schule**

- 14.1 Bei der Feststellung der nächstgelegenen öffentlichen Realschule / des nächstgelegenen öffentlichen Gymnasiums bleiben Realschulen und Gymnasien in freier Trägerschaft außer Betracht. Es sind nur Schulen mit der gewählten ersten Fremdsprache zu berücksichtigen.
- 14.2 Bei der Feststellung der nächstgelegenen öffentlichen Realschule / des nächstgelegenen öffentlichen Gymnasiums bleiben Ganztagschulen und Integrierte Gesamtschulen außer Betracht.
- 14.3 Für Schülerinnen und Schüler, die eine öffentliche Realschule oder ein öffentliches Gymnasium als Ganztagschule besuchen, ist diese die nächstgelegene Schule, wenn keine andere öffentliche Realschule bzw. kein anderes öffentliches Gymnasium näher gelegen ist.
- 14.4 Für Schülerinnen und Schüler, die eine Integrierte Gesamtschule besuchen, ist diese die nächstgelegene Schule, wenn die Schülerin bzw. der Schüler im Einzugsbereich der Integrierten Gesamtschule nach § 81 SchulG wohnt. Ist kein Einzugsbereich gebildet, werden die Fahrtkosten bis zur nächstgelegenen Integrierten Gesamtschule erstattet. Die Fahrtkosten werden in voller Höhe übernommen, wenn die Schülerin bzw. der Schüler innerhalb des Landkreises wohnt, die Regelungen in Nr. 13 Satz 2 und Nr. 21 gelten entsprechend.
- 14.5 Für Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule gelten die für die Schülerinnen und Schüler der Realschulen getroffenen Regelungen entsprechend. Soweit ein Einzugsbereich nach § 81 SchulG gebildet ist, besteht eine Beförderungspflicht nur für die Schüler, die im Einzugsbereich wohnen. Schülerinnen und Schüler, die nicht im Einzugsbereich wohnen, werden die Kosten für den Besuch der Regionalen Schule höchstens in dem Umfang erstattet, wie sie beim Besuch der nächstgelegenen Realschule oder, wenn dies bei der

Kostenübernahme für den Schüler günstiger ist, der zuständigen Hauptschule zu übernehmen wären. Satz 2 dieses Unterabschnittes gilt nicht, soweit eine Schülerin oder ein Schüler die Regionale Schule bereits vor Bildung des Einzugsbereichs besucht hat.

Wird der Einzugsbereich einer Regionalen Schule aufgehoben, so ist für Schülerinnen und Schüler die nicht im aufgehobenen Einzugsbereich der bereits besuchten Schule wohnen, zu prüfen welche Regionale Schule für die Schülerin bzw. den Schüler die nächstgelegene Schule ist.

- 14.6 Für Schülerinnen und Schüler, die die schulartübergreifende Orientierungsstufe einer öffentlichen Schule besuchen, ist diese Schule die nächstgelegene, wenn nicht Schulen von jeder Schulart, die an dieser Orientierungsstufe beteiligt sind, näher liegen.
- 14.7 Öffentliche Schulen innerhalb derselben Gemeinde, zu denen der Weg länger als 4 Kilometer ist, gelten als gleichnahe gelegen.
- 14.8 Bei der Feststellung, ob eine öffentliche Schule die nächstgelegene ist, bleiben in der Regel Wegdifferenzen bis zu 5 Kilometer außer Betracht. Maßgebend ist die Fahrstrecke der jeweils in Betracht kommenden öffentlichen Verkehrsmittel. Nach dem Wohnortwechsel einer Familie können bei der Feststellung der nächstgelegenen öffentlichen Schule in der Regel Wegdifferenzen bis zu 10 Kilometer außer Betracht bleiben, wenn die bisherige öffentliche Schule weiter besucht werden soll.
- 14.9 Ausnahmen von dem Erfordernis der nächstgelegenen öffentlichen Schule sind insbesondere möglich, wenn
- die nächstgelegene öffentliche Schule nachweislich nicht mehr aufnahmefähig ist. Hierzu zählt jedoch nicht, wenn die Schülerin/der Schüler wegen des Notendurchschnitts bei der nächstgelegenen Schule der gewählten Schulart nicht aufgenommen werden konnte.
  - eine bessere Auslastung einer öffentlichen Schule erreicht werden kann ,
  - beim Besuch einer weiter entfernten öffentlichen Schule geringere Fahrkosten anfallen oder

- die Verkehrsverbindung zur nächstgelegenen öffentlichen Schule unzumutbar, zu einer weiter entfernten öffentlichen Schule dagegen zumutbar ist. Eine Ausnahme kann auch dann gemacht werden, wenn sich die nächstgelegene öffentliche Schule außerhalb des Wohnortes, die weiter entfernte besuchte öffentliche Schule dagegen im Wohnort der Schülerin bzw. des Schülers befindet.

14.10 Ist die öffentliche Schule zum Wohnort der Schülerin bzw. des Schülers die nächstgelegene, gilt sie - außer bei einem Wohnortwechsel - für die Dauer des Schulbesuches weiterhin als nächstgelegene Schule; das gleiche gilt, wenn zum Beginn des Schuljahres eine Ausnahme nach Nr. 14.9 gemacht wird.

## **15. Beförderung von Schülerinnen und Schülern zu Schulen in freier Trägerschaft**

15.1 Beförderung zu Schulen in freier Trägerschaft in Rheinland-Pfalz

15.1.1 Bei staatlich anerkannten Ersatzschulen in freier Trägerschaft, die Beiträge nach § 28 Abs. 1 PrivSchG erhalten, werden den Schülerinnen und Schülern die Fahrkosten bis zur nächstgelegenen Ersatzschule in freier Trägerschaft gezahlt. Nr. 14 gilt entsprechend.

15.1.2 Bei Schulen in freier Trägerschaft, die Zuschüsse nach § 28 Abs. 6 PrivSchG erhalten, werden den Schülerinnen und Schülern die Fahrkosten bis zur nächstgelegenen öffentlichen Realschule oder zum nächstgelegenen öffentlichen Gymnasium / IGS gezahlt. Nr. 14 gilt entsprechend.

15.1.3 Schülerinnen und Schüler, die sonstige Schulen in freier Trägerschaft besuchen, werden von der Fahrkostenübernahme nicht erfasst.

15.2 Beförderung zu Schulen in freier Trägerschaft außerhalb von Rheinland-Pfalz.

15.2.1 Bei Schulen in freier Trägerschaft außerhalb von Rheinland-Pfalz, die mit Schulen nach 15.1.1 oder 15.1.2 vergleichbar sind, werden den Schülerinnen und Schülern die Fahrkosten bis zur nächstgelegenen öffentlichen Schule erstattet. Nr. 14 gilt entsprechend.

Eine Schule in freier Trägerschaft außerhalb von Rheinland-Pfalz ist mit einer Schule in Rheinland-Pfalz nach 15.1.1 oder 15.1.2 vergleichbar, wenn sie in

Rheinland-Pfalz Beiträge bzw. Zuschüsse im Sinne des § 28 PrivSchG erhalten würde.

15.2.2 Schülerinnen und Schüler, die sonstige Schulen in freier Trägerschaft besuchen, werden von der Fahrkostenübernahme nicht erfasst.

## **16. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels**

Nr. 4 gilt entsprechend.

## **17. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

17.1 Nr. 5.1 - 5.4 gelten sinngemäß.

17.2 Soweit mit einem Verkehrsträger eine Vereinbarung über die Ausgabe von Gutscheinen oder über ein vergleichbares Verfahren nicht besteht, werden die den Eigenanteil übersteigenden erstattungsfähigen Fahrkosten den Schülerinnen und Schülern halbjährlich nachträglich erstattet. Die Erstattung erfolgt zweimal im Schuljahr nach Ablauf des jeweiligen Schulhalbjahres, d.h. in der Regel Anfang Februar und Anfang August. Der erstattete Betrag kann für einen Monat zurückgefordert bzw. verrechnet werden, wenn die Schülerin bzw. der Schüler in diesem Monat weniger als zwei Wochen die Schule besucht hat. Nr. 11 gilt entsprechend.

## **18. Beförderung mit Schulbussen**

18.1 Ist die Beförderung mit bestehenden öffentlichen Verkehrsmitteln<sup>4</sup> nicht zumutbar, trägt der Landkreis die Fahrkosten in der Weise, dass er den Schülerinnen und Schülern einen Platz in einem Schulbus zur Verfügung stellt. In Einzelfällen kann der Landkreis die Fahrkosten erstatten.

---

<sup>4</sup> Es ist jeweils zu prüfen, ob anstelle eines Schulbusses eine ÖPNV-Linie eingerichtet oder eine bestehende zeitlich angepaßt werden kann.

18.2 Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist im allgemeinen nicht mehr zumutbar, wenn die in Nr. 6.2 für Hauptschüler genannten Entfernungen, Fahr- und Wartezeiten erheblich überschritten werden.

18.3 Nr. 6.3 bis Nr. 6.5 sind sinngemäß anzuwenden.

## **19. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 7 gilt entsprechend.

## **20. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen**

Beim Besuch einer anderen als der nächstgelegenen Schule (§ 56 Abs. 4 Satz 4 SchulG) werden Fahrkosten nur insoweit übernommen, als sie bei der Fahrt zur nächstgelegenen Schule zu übernehmen wären (vgl. Nr. 13 Satz 2). Für die Erstattung gilt Nr. 17.2 entsprechend.

## **21. Eigenanteil**

Die Personensorgeberechtigten bzw. die Schülerinnen und Schüler, denen nach Abschnitt II dieser Richtlinien Fahrkosten gewährt werden – mit Ausnahme der Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schulen - , tragen einen Eigenanteil an den Fahrkosten. Näheres ist in der Satzung über die Schülerbeförderung geregelt.

## **22. Kostenerstattung bei Heimfahrten**

22.1 Für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5-10, die während der Ausbildung nicht bei ihren Eltern wohnen, erstattet der Landkreis innerhalb eines Schuljahres die nachgewiesenen Kosten für 6 Fahrten (Hin- und Rückfahrt) mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen der Wohnung der Eltern und dem Schulort. Nr. 5.1 Satz 1 ist entsprechend anwendbar.

22.2 Wenn die Heimfahrt nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgt, können

ausnahmsweise Fahrkosten für die Heimfahrt mit einem privaten Kraftfahrzeug bis zur Höhe der Kosten nach Nr. 22.1 übernommen werden, sofern die öffentliche Verkehrsverbindung für die Schülerin oder den Schüler, insbesondere unter Berücksichtigung ihres / seines Alters, unzumutbar ist, z. B. wegen der Länge der Fahrzeit oder der durch Umsteigen bedingten Wartezeit.

22.3 Fahrkosten für Heimfahrten werden nur bis zu einer Entfernung zwischen Schulort und Wohnung von 150 Kilometern erstattet.

22.4 Kosten für Heimfahrten werden nicht erstattet, wenn die Fahrkosten für den täglichen Schulweg zu übernehmen sind.

22.5 Die erstattungsfähigen Fahrkosten werden halbjährlich nachträglich in der Regel Anfang Februar und Anfang August für die vorausgegangenen Monate ausgezahlt. Bei der Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind die innerhalb des Erstattungszeitraumes gelösten Hin- und Rückfahrkarten vorzulegen. Nr. 11 gilt entsprechend.

### **23. Antragsverfahren**

Für das Antragsverfahren gilt Nr. 9 entsprechend.

### **24. Bewilligung der Fahrkosten**

Nr. 10 gilt entsprechend

## **III.**

**Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen, von nicht mehr zum Schulbesuch verpflichteten Schülerinnen und Schülern des Berufsgrundbildungsjahres und der Berufsfachschulen sowie von Schülerinnen und Schülern der Berufsaufbau- und Fachoberschulen in Vollzeitform, der beruflichen Gymnasien sowie der Fachschulen in Vollzeitform, für deren Besuch eine Berufsausbildung nicht zwingend erforderlich ist**

### **25. Persönlicher Geltungsbereich**

- 25.1 Der Landkreis trägt aufgrund von § 56 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz -SchulG-) in der zur Zeit gültigen Fassung, § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz -PrivSchG-) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit der Landesverordnung über die Einkommensgrenze bei der Übernahme von Fahrkosten der Schüler der Sekundarstufe II in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der Satzung des Landkreises Mainz-Bingen über die Schülerbeförderung und nach Maßgabe dieser Richtlinien Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern, die folgende öffentliche Schulen oder staatlich anerkannte Ersatzschulen in freier Trägerschaft bzw. die nachstehend genannten Jahrgangsstufen oder Schuljahre derselben besuchen:
- 25.1.1 Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen,
  - 25.1.2 Berufsgrundbildungsjahr, soweit die Schülerinnen und Schüler nicht mehr zum Schulbesuch verpflichtet sind,
  - 25.1.3 Berufsfachschulen, soweit die Schülerinnen und Schüler nicht mehr zum Schulbesuch verpflichtet sind,
  - 25.1.4 Berufsaufbauschulen in Vollzeitform,
  - 25.1.5 Fachoberschulen in Vollzeitform,
  - 25.1.6 berufliche Gymnasien
  - 25.1.7 Fachschulen in Vollzeitform, für deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht zwingend erforderlich ist.
- 25.2 Die Regelungen in Nr. 1.2 und Nr. 12.2 gelten entsprechend.
- 25.3 Nicht einbezogen sind Schülerinnen und Schüler von Abendschulen.

## **26. Schulweg**

Hinsichtlich des Schulweges gelten die Regelungen von Nr. 13 entsprechend.

## **27. Zuständige Schule**

Der Landkreis übernimmt die Fahrkosten für Schülerinnen und Schüler der Berufsschulen zum Besuch der zuständigen Schule (§ 50 Abs. 4 und 5 SchulG). Nr. 2.1 Satz 2 gilt sinngemäß.

## **28. Feststellung der nächstgelegenen Schule**

Soweit keine Schulbezirke festgelegt sind, gelten die Regelungen in Nr. 14 und Nr. 15 sinngemäß. Bei berufsbildenden Schulen werden bei der Feststellung der nächstgelegenen Schule die gewählte Schulform, der gewählte Bildungsgang sowie evtl. Zulassungsbeschränkungen, soweit sie sich nicht auf die persönliche Leistung der Schülerin bzw. des Schülers beziehen, berücksichtigt. Dies gilt entsprechend für gewählte Leistungskurse der Gymnasien.

## **29. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels**

Die Schülerbeförderung wird vorrangig erfüllt durch die Übernahme der notwendigen Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel. Kosten anderer Verkehrsmittel werden nur bis zur Höhe der notwendigen Kosten für ein öffentliches Verkehrsmittel übernommen. Nr. 7.2 gilt sinngemäß.

## **30. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

Nr. 17 gilt entsprechend.

## **31. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 7 gilt entsprechend

## **32. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen**

Nr. 20 gilt entsprechend.

## **33. Eigenanteil**

Nr. 21 gilt entsprechend.

#### **34. Antragsverfahren**

Für das Antragsverfahren gilt Nr. 9 und Nr. 23 entsprechend. Nr. 9.2 gilt mit der Maßgabe, dass bei volljährigen Schülerinnen und Schülern diese anstelle der Personensorgeberechtigten den Antrag stellen; abweichend von Nr. 9.5 ist der Antrag für jedes Schuljahr erneut zu stellen.

#### **35. Bewilligung der Fahrkosten**

Die Bewilligung der Fahrkosten erfolgt für die Dauer eines Schuljahres.

#### **IV.**

### **Beförderung von Schülerinnen und Schülern des Berufsgrundbildungsjahres und der Berufsfachschulen (1. Schuljahr), soweit sie zum Schulbesuch verpflichtet sind.**

#### **36. Persönlicher Geltungsbereich**

36.1 Der Landkreis trägt aufgrund von § 56 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz - SchulG -) in der zur Zeit gültigen Fassung, § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz - PrivSchulG -) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der Satzung des Landkreises Mainz-Bingen über die Schülerbeförderung und nach Maßgabe dieser Richtlinien Fahrkosten von Schülerinnen und Schülern, die zum Schulbesuch verpflichtet sind und folgende öffentliche Schulen oder staatlich anerkannte Schulen in freier Trägerschaft bzw. die nachstehend genannten Schuljahre besuchen:

36.1.1 Berufsgrundbildungsjahr,

36.1.2 Berufsfachschulen (1. Schuljahr).

36.2 Die Regelungen in Nr. 1.2 und 12.2 gelten entsprechend.

36.3 Nicht einbezogen sind Schülerinnen und Schüler von Abendschulen.

#### **37. Schulweg**

Nr. 13 gilt entsprechend.

#### **38. Zuständige Schule**

Nr. 27 gilt entsprechend.

**39. Feststellung der nächstgelegenen Schule**

Nr. 28 gilt entsprechend.

**40. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels**

Nr. 29 gilt entsprechend.

**41. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

Nr. 17 gilt entsprechend.

**42. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 7 gilt entsprechend.

**43. Erstattung von Fahrkosten in sonstigen Fällen**

Nr. 20 gilt entsprechend.

**44. Eigenanteil**

Nr. 21 gilt entsprechend.

**45. Kostenerstattung bei Heimfahrten**

Nr. 22 gilt entsprechend.

**46. Antragsverfahren**

Für das Antragsverfahren gelten Nr. 9 und 23 entsprechend; abweichend von Nr. 9.5 ist der Antrag für jedes Schuljahr erneut zu stellen.

**47. Bewilligung der Fahrkosten**

Nr. 35 gilt entsprechend.

## V.

**Beförderung von Schülerinnen und Schülern, die in besonderen Bildungsgängen der Berufsschule mit Vollzeitunterricht auf ein Berufsausbildungsverhältnis vorbereitet werden und von Schülerinnen und Schülern, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen**

### 48. Persönlicher Geltungsbereich

- 48.1 Der Landkreis trägt aufgrund von § 56 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz (Schulgesetz - SchulG -) in der zur Zeit gültigen Fassung, § 33 des Landesgesetzes über die Errichtung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz - PrivSchulG -) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der Satzung des Landkreises Mainz-Bingen über die Schülerbeförderung und nach Maßgabe dieser Richtlinien Fahrkosten zu öffentlichen Schulen und staatlich anerkannten Ersatzschulen in freier Trägerschaft für Schülerinnen und Schüler:
- 48.1.1 des Sonderberufsgrundschuljahres (SO 1 und SO 2) in Vollzeitform und anderer besonderer Bildungsgänge der Berufsschule mit Vollzeitunterricht, die auf ein Berufsausbildungsverhältnis vorbereitet werden.
- 48.1.2 die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen.
- 48.2 Die Regelung in Nr. 1.2 gilt entsprechend.
- 48.3 Nicht einbezogen sind Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, soweit sie eine Förderung nach sonstigen landes- und bundesrechtlichen Vorschriften erhalten. Decken diese Leistungen jedoch nicht die notwendigen Fahrkosten, die unter Zugrundelegung dieser Richtlinien andernfalls erstattet würden, so ist die Differenz zwischen erstattungsfähigen Fahrkosten und den gewährten Leistungen nach den sonstigen landes- oder bundesrechtlichen Vorschriften zu zahlen.

**49. Schulweg**

Nr. 13 gilt entsprechend.

**50. Zuständige Schule**

Nr. 27 gilt entsprechend.

**51. Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels**

Nr. 29 gilt entsprechend.

**52. Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

52.1 Nr. 5 gilt entsprechend.

52.2 Für Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, werden für jeden Schultag die Kosten für eine Hin- und Rückfahrkarte, 2. Klasse, unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreisermäßigungen für die preisgünstigste zumutbare Verkehrsverbindung übernommen, soweit öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden. Nicht erstattungsfähig sind Mehrkosten für Zuschläge, z. B. im Schienenverkehr für Schnellzüge oder für eine andere als die 2. Wagenklasse.

**53. Privates Kraftfahrzeug**

Nr. 7 gilt entsprechend. Abweichend von Nr. 7.4 gilt für Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, die Regelung in Nr. 54 entsprechend.

#### **54. Fahrkostenerstattung**

Für Schülerinnen und Schüler, die weder in einem Berufsausbildungsverhältnis noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und einen besonderen Teilzeitunterricht der Berufsschule besuchen, werden die Fahrkosten nach Nr. 50.2 gegen Vorlage der Fahrkarten wie folgt erstattet:

Zum 1. Oktober, 1. Dezember, 1. Februar, 1. Mai und zum Ende des Schuljahres jeweils für die vorangegangenen Monate. Die Kreisverwaltung kann die Fahrkostenerstattung von einem Nachweis der Schule über den Schulbesuch abhängig machen. Die Schülerinnen und Schüler haben glaubhaft zu versichern, dass sie in den einzelnen Erstattungszeiträumen in keinem Berufsausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis gestanden haben. Nr. 11 gilt entsprechend.

#### **55. Antragsverfahren**

Für das Antragsverfahren gilt Nr. 9 entsprechend. Nr. 9.2 gilt mit der Maßgabe, dass bei volljährigen Schülerinnen und Schülern diese anstelle der Personensorgeberechtigten den Antrag stellen; abweichend von Nr. 9.5 ist der Antrag für jedes Schuljahr erneut zu stellen.

#### **56. Bewilligung der Fahrkosten**

Nr. 35 gilt entsprechend.

### **VI.**

#### **Inkrafttreten**

Diese Richtlinien treten nach Beschlussfassung durch den Kreistag am 01.08.2001 in Kraft. Die bisherigen Richtlinien vom 01.07.1988 treten zum 01.08.2001 außer Kraft.